

28. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 1. Februar 2010, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Andreas Sturzenegger
Unentschuldigt abwesend:	Charlotte Meyer
Protokoll:	Marcel Amhof (Sekretär)
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Stephanie Huber: GEU und SP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 27. Sitzung vom 14. Dezember 2009
3. Interpellation Andrea Kennel (SP) und Hans Baumann (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 246/2009
4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 14 Mitunterzeichnende „Kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung
Geschäft Nr. 239/2009
5. Postulat Thomas Maier (GEU) und 1 Mitunterzeichnerin „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung
Geschäft Nr. 90/2007
6. Postulat Thomas Stalder (EVP) und 1 Mitunterzeichner „Weniger Verkehrsanordnungen – mehr Sicherheit und Verantwortung durch ‚Shared Space‘“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 279/2010
7. Privater Gestaltungsplan Waldmannsburg / Genehmigung
Geschäft Nr. 272/2009
8. Sechs Bürgerrechtsgesuche
- 8.1. Shumolli Musa sowie die Kinder Nora und Shkurte, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 55, Dübendorf
Geschäft Nr. 241/2009
- 8.2. Ajeti Jusuf sowie das Kind Ilber, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Hallenstrasse 4, Dübendorf
Geschäft Nr. 248/2009



- 8.3. Bahar Recep sowie die Kinder Nese und Kübra, türkische Staatsangehörige, wohnhaft Alte Gfennstrasse 22, Dübendorf
Geschäft Nr. 249/2009
- 8.4. Dimov Borco und Elizabeta geb. Krsteva sowie die Kinder Milena und Filip, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Untere Zelglistrasse 24, Dübendorf
Geschäft Nr. 250/2009
- 8.5. Gashi Fatime geb. Velijaj sowie die Kinder Jeta und Yilka, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft In Huebwiesen 10, Dübendorf
Geschäft Nr. 251/2009
- 8.6. Jasiqi Avni und das Kind Aulon, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 18, Dübendorf
Geschäft Nr. 252/2009

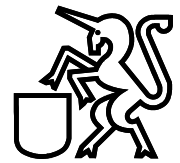
1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Am Donnerstag, 28. Januar ist Kurt Berliat verstorben. Kurt Berliat war von 1994 bis 2008 Mitglied des Gemeinderates und im Amtsjahr 1998/1999 Präsident des Gemeinderates.
Die Anwesenden erheben sich im Andenken an Kurt Berliat.
- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung
 - Neue Bürgerrechtsgesuche
 - 1 Bürgerrechtsgesuch (BRK)
 - Parlamentarische Vorstösse
 - Schriftliche Anfrage Stefanie Huber „Öffentliche WC-Anlagen“
 - Postulat Thomas Stalder „Weniger Verkehrsanordnungen“ (wird heute behandelt)
 - Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
 - Antwort auf die Interpellation von Andrea Kennel (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“
- Nächste Sitzungen
 - Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet voraussichtlich am Montag, 1. März 2010 statt.

Erklärung von Stadtrat Rolf Güttinger (EVP):

„Gemeinderat Stefan Schneider hat in der Gemeinderatssitzung vom 7. September 2009 zur Glattbrücke folgende Fragen gestellt. 1. Frage: Könnte man mit einfachen Mitteln diese Belagsunebenheiten sanieren, so dass die Fussgänger auch bei Regen trocken zum Bahnhof kommen? Antwort: Es ist richtig, dass der Belag auf der Glattbrücke deformiert ist. Die Spurrinnen führen dazu, dass das Wasser liegenbleibt, und die Fussgänger davon betroffen sind. Reparaturen an Brückenbelägen sind sehr heikel und dementsprechend teuer, weil immer die Gefahr besteht, dass die Isolationschicht der Brücke beschädigt wird. Bei neueren Brücken sind dies Folien. Die Glattbrücke ist im Jahr 1916 gebaut worden. Deshalb sind grosse Unsicherheiten betreffend des Aufbaus des Belages vorhanden. Das Strassennetz von Dübendorf besteht aus 60 km Strassen und 40 km Gehwegen mit einer Gesamtfläche von 480'000 m². Eine im Auftrag des Stadtrates im Jahr 2008 durchgeführte Studie hat festgestellt, dass für den Unterhalt dieses Netzes jährlich 2 bis 3 Millionen Franken nötig wären, um das Strassennetz so zu erhalten, dass es keinen Wertverlust erleidet. Das Tiefbauamt hat für das Jahr 2010 gemäss dem von ihnen bewilligten Budget für den Strassenunterhalt lediglich 300'000 Franken zur Verfügung. Dieser Betrag dürfte nicht einmal ausreichen, um die dringendsten Winterschäden im Strassennetz zu reparieren. Demzufolge kann auf der Glattbrücke keine Belagssanierung



vorgenommen werden. Frage 2: Wann wird die Glattbrücke saniert? Antwort: Im Jahr 2007 ist der Projekt-Wettbewerb für die Glattbrücke durchgeführt worden. Den ersten Preis hat das Team Bänziger Partner AG gewonnen. Der Brückenersatz ist im Finanzplan im Jahr 2013 mit 3 Millionen Franken eingestellt.“

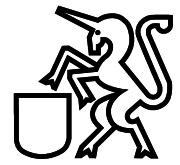
Fraktionserklärungen:

Fraktionserklärung Orlando Wyss (SVP):

„Am Mittwoch, 6. Januar 2010, startete eine linke Jungpartei einen Wahlkampf, welchen ausser der eingeladenen Presse niemanden interessierte. Man protestierte gegen die Geruchsemissionen der Firma Givaudan, welche als sehr störend dargestellt wurden. Der physikalisch begründeten Tatsache, dass sich Gerüche bei hohen Temperaturen stärker bemerkbar machen, als an diesem Tage mit herrschenden Minusgraden und wenn es den Initianten um die Sache gegangen wäre, hätte eine solche Demonstration im Sommer abgehalten werden müssen. Dem stand natürlich der Umstand im Weg, dass die Kommunalwahlen 2010 dann schon vorbei gewesen wären. An und für sich war die Aktion eigentlich nur peinlich und keiner Bemerkung wert. Der Grund wieso die SVP dies hier vor dem Gemeinderat thematisiert, ist die Tatsache, dass der erste Vizepräsident unseres Gemeinderates an vorderster Front trotz seiner Verhüllung klar erkennbar war. Die Botschaft, welche er und seine Kumpane der Dübendorfer Bevölkerung signalisierten, war die Forderung nach einer Einstellung der Produktion der Firma Givaudan. Sie anerkannten nicht, dass diese Firma alles unternimmt, was in Ihren Möglichkeiten liegt, um die Geruchsemissionen, welche zwangsläufig zu ihrem Geschäftsfeld gehören, zu minimieren. Wäre die Firma Givaudan ein Zweimannbetrieb, welcher erst seit zwei Jahren an diesem Ort produziert, könnte man auch mit einem Lächeln über diese peinliche Aktion hinwegsehen. Doch bei der Firma Givaudan handelt es sich um einen der grössten Arbeitgeber unserer Stadt, welcher seit Jahrzehnten an diesem Standort tätig ist und zu den besten Steuerzahlern unserer Gemeinde zählt. Auch diese Tatsache würde die SVP nicht zu einer Fraktionserklärung bewegen. Wir wissen alle, dass sich linke Politiker nicht darum scheren, wie die finanziellen Mittel einer Gemeinde erbracht werden, sondern wie sie dieses Geld am besten ausgeben können. Wieso ich hier vor ihnen stehe ist die Tatsache, dass sich der vor knapp einem Jahr mit dem erbärmlichen Wahlergebnis von 19 zu 18 Stimmen ins Amt des ersten Vizepräsidenten gerettete Kandidat selbstkritisch bei unserem Lokalfernsehen äusserte, dass er vielleicht ein wenig konzilianter politisieren sollte, um das Amt des höchsten Repräsentanten der Stadt Dübendorf zu erlangen. Unsere Kolleginnen und Kollegen der politischen Mitte sind ihm auf den Leim gegangen und haben ihn in diese Startposition gebracht. Die Berichterstattung dieses Lokalfernsehens war auch kein medialer Höhenflug, liess es doch als Stimme der ‚besorgten Nachbarn‘ eine amtierende und einen ehemaligen Gemeinderat der linken Mutterpartei zu Wort kommen. Ich unterstelle diesem Fernsehsender keine Mutwilligkeit. Ich gehe eher davon aus, dass diese Leute schlichtweg keine Ahnung von der Dübendorfer Politik haben. Wir können uns in Dübendorf auf den Mai dieses Jahres freuen. Wenn unsere Ratsmitglieder weiterhin das Amt des Gemeinderatspräsidenten und des höchsten Repräsentanten unserer Stadt so geringschätzig behandeln, wird unsere Gemeinde von einem Exponenten vertreten, welcher den Arbeitsplatzabbau in Dübendorf bei der Firma Givaudan, wie auch hunderte Arbeitsplätze beim Militärflugplatz Dübendorf ohne Bedenken propagiert. Obwohl er bei letzterem in guter Gesellschaft mit anderen Politiker unserer Gemeinde ist, müssen wir uns fragen, ob seine Wahl für den Wirtschaftsstandort und die Garnisonsstadt Dübendorf die richtige Entscheidung für das Ansehen des Amtes des Gemeinderatspräsidenten und schlussendlich für Dübendorf ist. Dass sich sein Verhalten in dem hohen Amt ändern würde, glauben sehr wahrscheinlich nur noch die wenigsten von uns. Doch ob das Ansehen von Dübendorf gewahrt bleibt, diese Entscheidung wird im Mai 2010 bei ihnen in diesem Rat liegen.“

Fraktionserklärung Patrick Angele (SP):

„Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Replik. Ich mache auch keinen Wahlkampf. Es geht um ein Thema, das mir am Herzen liegt. Es geht um das Velokonzept der Stadt Dübendorf. Die SP hat eine



Initiative lanciert und Mitte Mai 2008 mit gut 1000 Unterschriften der Stadt Dübendorf eingereicht. Die Initiative hätte Fördermassnahmen für den Veloverkehr einleiten sollen. Der Stadtrat hat die Initiative als unnötig erklärt und zur Ablehnung empfohlen. Der Gemeinderat hat dies anders gesehen und einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Im November 2008 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Dübendorf diesen Gegenvorschlag mit 63,5 Prozent angenommen. Die Veloinitiative kam auch zur Abstimmung, und nur die SP hat diese unterstützt. Trotzdem haben fast doppelt so viele Leute wie die SP Stimmenanteile hat, dieser Initiative zugestimmt. Die Willensäusserung der Stimmbevölkerung ist also klar, man will dass in Dübendorf etwas für den Veloverkehr gemacht wird. Der Stadtrat hat von der Stimmbevölkerung folgenden Auftrag erhalten: ‚Die Stadt Dübendorf ergreift Fördermassnahmen für den Veloverkehr, insbesondere durch die Realisierung eines möglichst durchgängigen Veloverkehrsnetzes, welches klar zu signalisieren ist. Es ist bis spätestens Mitte 2009 ein diesbezügliches Konzept, welches zumindest einen Umsetzungsplan 2009 bis 2014 und Sanierungsmassnahmen bei Strassenzügen und Kreuzungen unter besonderer Beachtung der Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs beinhaltet, vorzulegen.‘ Der Stadtrat hat diesen Auftrag an sich genommen und dem Büro Bosshard Hauser Koch Bauingenieure AG den Auftrag gegeben, ein solches Konzept mit Umsetzungsplan auszuarbeiten. Herausgekommen ist ein gutes und zum Teil sehr detailliertes 35-seitiges Dokument, das aufzeigt, an welcher Stelle mit welchen Massnahmen die Stadt Dübendorf den Veloverkehr fördern kann. Das ist gut, die Initiative hat etwas bewirkt. Doch mit der Schlussfolgerung und der Umsetzung durch den Stadtrat kann man nur unzufrieden sein. Der Volkswille verlangte nicht nur die Ausarbeitung eines 35-seitigen Papiers, sondern er wollte die Realisierung von Massnahmen. Der Stadtrat hat erklärt, ein Pilotprojekt zu realisieren. Das ist im Grundsatz begrüssenswert. Doch der Stadtrat hält im Konzept fest, dass er damit erst beginnen wird, wenn die neue Legislatur angefangen hat. Ich verstehe diese Verzögerung nicht. Der politische Wille steht fest. Die Umsetzung wäre eigentlich eine Verwaltungsaufgabe, und eine Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt. Die Verwaltung wartet ja mit dem Versand der Steuererklärungen auch nicht bis nach den Wahlen. Man könnte also vorwärts machen. Es ist für die Initianten und die Stimmbevölkerung kein ermutigendes Zeichen, wenn man sieht, dass politisch beschlossene Sachen bis zur Umsetzung so lange dauern. Ich fordere den Stadtrat deshalb auf, den Mut zu haben und mit der Arbeit zu beginnen.“

2. Protokoll der 27. Sitzung vom 14. Dezember 2009

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Andrea Kennel (SP) und Hans Baumann (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“ / Beantwortung Geschäft Nr. 246/2009

Stellungnahme Hans Baumann (SP) zur Antwort des Stadtrates:

„Für ein faires Beschaffungswesen sind zwei Ziele wichtig: 1. Auswärtige und vor allem ausländische Unternehmen, welche von städtischen Aufträgen profitieren und hier Dienstleistungen erbringen, dürfen kein Sozial- und Umweltdumping betreiben, indem sie unsere Sozial- und Umweltstandards umgehen. Das wäre auch ein grosser Nachteil für das einheimische Gewerbe. 2. Dübendorf muss bei der Beschaffung bzw. Verwendung von ausländischen Produkten darauf achten, dass bei deren Herstellung ebenfalls die fort gültigen Gesetze und vor allem die grundlegenden Menschenrechte respektiert wurden. Dabei sind mindestens die Kernarbeitsnormen der IAO einzuhalten. Der Stadtrat hat unsere Interpellation ausführlich beantwortet und so auch einen guten Überblick darüber gegeben, wie Arbeitsbedingungen, Sozialklauseln und ökologische Anliegen beim Beschaffungswesen ge-



handhabt werden. Obwohl demnächst Wahlen sind, möchte ich vor allem das Positive an der Antwort des Stadtrates hervorheben: Bei der Antwort auf die Frage 5 betreffend Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen im Ausland ist der Stadtrat der Ansicht, dass zukünftig Unternehmer oder Lieferanten schriftlich bestätigen müssen, dass die dortigen orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen eingehalten wurden und dass, wenn sie Aufträge an Dritte weitergeben, diese sich ebenfalls vertraglich darauf verpflichten müssen. Die gleiche Antwort gibt der Stadtrat auch bei der Frage 6, welche die Einhaltung der grundlegenden Arbeits- und Menschenrechte betrifft. Hier müssen sich Drittanbieter in Zukunft verpflichten, die sogenannten Kernarbeitsnormen der IAO einzuhalten. Die städtische Verwaltung wird diese beiden Punkte in den Ausschreibungen zukünftig ergänzen bzw. präzisieren. Bei der Beantwortung von Frage 6 möchte ich noch anmerken, dass es nicht nur um das Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit geht, dies ist nur eine der einzuhaltenden Bestimmungen, wenn vielleicht auch die wichtigste. Die anderen drei Kernübereinkommen, die alle Staaten einzuhalten haben bzw. einhalten sollten, sind: Versammlungsfreiheit bzw. Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot von Zwangsarbeit und Diskriminierungsverbot. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH macht seit einigen Monaten eine Kampagne „Keine Ausbeutung mit Steuergeldern“ und hat unter anderem das Problem der brutalen Kinderarbeit in Steinbrüchen in Asien aufgegriffen. Zahlreiche Städte und Gemeinden in Kanton Zürich haben bereits positiv auf entsprechende Vorstösse reagiert. Im Rahmen dieser Kampagne zeichnet das SAH Gemeinden, die sich zu einem sozial nachhaltigen Beschaffungswesen verpflichten, symbolisch mit dem ‚fairen Stein‘ aus. Aufgrund der Beantwortung unserer Interpellation wurde jetzt auch die Stadt Dübendorf für diese Auszeichnung nominiert. Der Stadtrat wird sie erhalten, wenn die in Aussicht gestellten Ergänzungen der Ausschreibungsunterlagen umgesetzt sind. Wir von der SP bitten deshalb den Stadtrat, diese Massnahmen so schnell wie möglich umzusetzen und dann auch zu dokumentieren.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 246/2009 ist somit abschliessend behandelt.

4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 14 Mitunterzeichnende „Kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 239/2009

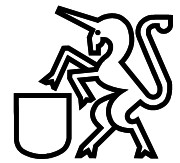
Stellungnahme von Gaby Gossweiler (FDP) und Daniel Brühwiler (GEU) zur Antwort des Stadtrates:

Gaby Gossweiler (FDP):

„Das einzige, was die Postulanten mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, ist der stadträtliche Antrag an den Gemeinderat um Aufrechterhaltung des Postulats. Der Rest besteht zu drei Vierteln aus Zitaten der Strassensignalisationsverordnung, welche vor knapp zehn Jahren erlassen wurde und bereits vor Einreichung dieses Postulates öffentlich bekannt war. Im restlichen Viertel geht der Stadtrat auf die Neugestaltung der Buenstrasse ein, welche in naher Zukunft nötig wird im Zuge der Erneuerung der Werkleitungen. In diesem Zusammenhang gibt der Stadtrat auch zu, dass er Handlungsbedarf sehe. Trotzdem braucht er nur einen Satz, um sein Nichteintreten auf das Anliegen des Postulates kundzutun: ‚auf Empfehlung und in Absprache mit der Verkehrstechnischen Abteilung der Kapo Zürich verzichtet der Stadtrat auf die Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Dorfteil Hermikon.‘“

Daniel Brühwiler (GEU):

„Diese Aussage veranlasste uns Postulanten, beim zuständigen Stadtrat nach Protokollen der Besprechungen mit der Kantonspolizei zu fragen. Nach mehreren ausweichenden Antworten erhielten wir schliesslich Einblick in ein Schreiben der verkehrstechnischen Abteilung der Kapo betreffend



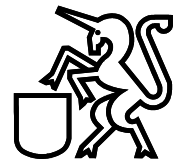
Tempo-30-Zone in Hermikon. Ich zitiere daraus: ‚Stadt Dübendorf, Hermikon – Hermikon-/Buenstrasse – Tempo-30-Zone / Projekt-Stellungnahme: die geplante Zone eignet sich auf Grund der Weisung des UVEK vom 28.09.2001 und nach einer ersten summarischen Prüfung, mit geringfügigen Änderungen, als Tempo-30-Zone.‘ Die geringfügigen Massnahmen wären drei Eingangstore und an der Hermikonerstrasse einige fahrbahnverengende Massnahmen sowie Fahrbahnmarkierungen. Weiter ist zu lesen: ‚Werden alle geplanten Massnahmen realisiert, sind die Anforderungen des UVEK erfüllt. Einer Einführung des Temporegimes 30 steht dann unsererseits nichts mehr im Wege!‘ Wie der Stadtrat diese Sätze als Empfehlung der Kantonspolizei zum Verzicht auf eine Tempo-30-Zone in Hermikon verstehen kann, ist für uns ein Rätsel; eher müssen wir die Aussage des Stadtrates als wahrheitswidrig bezeichnen. Dies veranlasst uns, nochmals klar und deutlich auf unsere Forderung hinzuweisen: ‚In Hermikon ist auf kostengünstige Art eine Tempo-30-Zone zu realisieren, welche im Dorfbereich sowohl die Buen- wie auch die Hermikonstrasse einschliesst.‘ Fakt ist, dass praktisch die gesamte Dorfgemeinschaft zur Verbesserung der Lebensqualität in Hermikon eine kostengünstige und möglichst rasch umsetzbare Verkehrsberuhigung mittels Tempo-30-Zone im Dorfbereich auf Buen- und Hermikonstrasse wünscht. Sie hat dies anlässlich von zwei Informationsveranstaltungen mit den zuständigen Instanzen klar zum Ausdruck gebracht. Und sie hat dies bis und mit Bauprogramm auch versprochen bekommen. Überhaupt ist der Bevölkerung von Hermikon in der Vergangenheit viel versprochen worden. Nebst einer Tempo-30-Zone machte man ihr auch mit dem ‚provisorischen‘ Verkehrskonzept, also mit der einseitigen Sperrung der Hermikonstrasse, Hoffnungen. Die entsprechende Korrespondenz aus dem Stadthaus dokumentiert dies klar. Dass der Stadtrat mit der Postulatsantwort der Hermikoner Bevölkerung erneut nur Hoffnungen für die Zukunft macht und rasch umsetzbare konkrete Massnahmen verwirft ist aus unserer Sicht schlechter Stil.“

Gaby Gossweiler (FDP):

„Dass der Stadtrat in seiner Postulatsantwort kein Wort zur Hermikonstrasse, verlauten lässt, zeugt von Missachtung eines Teils der Bevölkerung von Hermikon. Dabei ist unerheblich, ob dies versehentlich geschehen ist oder gar bewusst, etwa in der Absicht, zwei Dorfteile gegeneinander auszuspielen. Das Nichteintreten auf ein berechtigtes Anliegen der hier ansässigen Bevölkerung macht Worte wie Stadtentwicklung und Standortmarketing, die der Stadtrat so gerne in den Mund nimmt, zur Farce. Zumindest setzt sich der Stadtrat dem Verdacht aus, dass er die fiktiven Anliegen von möglichen Zuzüglern ernster nimmt als die Anliegen der jetzt hier wohnenden Bevölkerung. Fakt ist, dass Schwerzenbach im Quartier „im Vieri“ eine Grossüberbauung plant, die ein grosses zusätzliches Verkehrsaufkommen via Hermikonstrasse erzeugen wird, da dies für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner dieser Überbauung der direkte Weg Richtung Zürich darstellt. Statt sich im Nachhinein die Augen zu reiben und trotzig zu erklären, dass mit diesem Mehrverkehr nie gerechnet werden konnte, wäre es angebracht, vorausblickend die Situation für Hermikon zu beruhigen. Fakt ist, dass sowohl Buen- wie auch Hermikonstrasse in absehbarer Zeit saniert werden müssen. Damit Grundlagen für die Planung der Sanierungsarbeiten geschaffen werden, soll möglichst bald mit provisorischen und kostengünstigen Massnahmen eine Tempo-30-Zone realisiert werden. Sollte sich nach einem Jahr erweisen, dass die gewählten provisorischen Massnahmen eine ungenügende Wirkung bezüglich Temporeduktion erzeugen, kann das Provisorium nachgebessert, nochmals ein Jahr später auf ihre Wirkung geprüft und bei der Strassensanierung als definitive Massnahme eingeplant werden. Auf diese Weise würde nicht nur dem verständlichen Anliegen der Hermikoner Bevölkerung Rechnung getragen, sondern Dübendorf hätte auch in einem Pilotprojekt die Einführung von kostengünstigen punktuellen Tempo-30-Zonen erprobt. Einmal mehr: Taten statt Worte sind gefordert.“

Daniel Brühwiler (GEU):

„Genau dies, nichts mehr und nichts weniger, erwarten die Bevölkerung von Hermikon und auch die Postulanten vom Stadtrat. Die Postulanten erwarten vom Stadtrat eine Neubeurteilung des Postulates unter Berücksichtigung aller darin geforderten Massnahmen und den gegebenen Tatsachen und bitten den Gemeinderat, das Postulat in diesem Sinne aufrecht zu erhalten.“



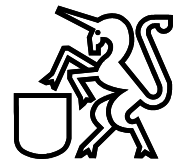
Diskussion:

Andrea Kennel (SP):

„Die SP hat bereits die Überweisung des Postulates klar unterstützt und unterstützt nun auch die Aufrechterhaltung. Das Problem bei Tempo 30 ist eigentlich paradox. Nur wenn sich mindestens 85 Prozent der Fahrzeuge an die Tempolimit halten, darf diese eingeführt werden. Damit wird es genau dort schwierig Tempo 30 einzuführen, wo eben gerast wird. Doch genau dort wäre es wichtig. In Hermikon ist Tempo 30 wichtig, damit auf dem Schleichweg von Schwerzenbach nach Dübendorf und umgekehrt nicht mehr gerast werden kann. Dass sich dieses Problem in Zukunft eher verschärfen wird, haben wir eben gehört. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bewohner von Hermikon selber durch ihr Quartier rasen wollen. Wir haben also das Dilemma, dass wir durch den schönen Weiler Hermikon einen Schleichweg haben, der zu oft benutzt wird. Gerade in dieser Situation scheint es mit der momentanen Gesetzgebung mit diesem V85 keine Lösung zu geben, die von der Stadt als kostengünstig eingestuft wird. Gemäss Stadtrat müsste in Hermikon 350'000 Franken investiert werden, um Tempo 30 zu erreichen. Im Finanzplan sind aber nur 150'000 Franken eingestellt. Für die SP gibt es hier nur zwei Möglichkeiten. Erstens, man investiert die 350'000 Franken. Immerhin hat sich Dübendorf auch erlaubt, die Obere Geerenstrasse für 5 Millionen Franken zu sanieren und dann für 500'000 Franken Tempo 30 wieder einzuführen. Wieso soll im Grossen mit dem Vorwand der Gebundenheit ausgegeben werden und im Kleinen gespart werden? Was sehen wir denn als zweite Möglichkeit? Wie erwähnt liegt das Problem in Hermikon nicht bei den Anwohnern, sondern an der Tatsache, dass die Strasse durch Hermikon ein Schleichweg ist. Die baulichen Massnahmen um einen Schleichweg zu sperren, wären eigentlich einfach. Was im sogenannten Verkehrskonzept vorgesehen war, diesen Schleichweg teils als Einbahn zu signalisieren, würde wohl viel bringen. Leider bringt eine solche Massnahme auch immer ein paar wenige aber laute Gegenstimmen, so dass niemand den Mut hat, das Übel an der Quelle zu beseitigen. Also entweder haben wir den Mut, den Schleichweg als Schleichweg zu schliessen oder wir müssen eben doch eine Investition tätigen. Mir ist Hermikon etwas Mut und Geld wert. Daher ist die SP für die Aufrechterhaltung des Postulates. Auch die SP fordert eine schnelle Umsetzung von Tempo 30.“

Stadtrat Rolf Güttinger (EVP):

„Es ist relativ einfach, aus der Stellungnahme der Kantonspolizei ein Zitat herauszunehmen und alles andere wegzulassen. Es ist auch einfach zu sagen, man habe ausweichende Antworten gegeben. Ich habe mir Mühe gegeben, Gaby Gossweiler ausführlich Antwort zu geben. Ich habe die Stellungnahme der Kantonspolizei zur Verfügung gestellt. Deshalb akzeptiere ich es jetzt nicht wenn es heisst, dass ich ausweiche. Ich zitiere einige andere Sätze aus der Stellungnahme: ‚Auf der Hermikonstrasse müssen weitere Massnahmen vorgesehen werden.‘ Weiter: ‚Besonderen Wert legen wir auf deutlich erkennbare Eingangstore, welche den Fahrzeuglenkern den Wechsel des Temporegimes anzeigen.‘ Ich habe Gaby Gossweiler mitgeteilt, was das Problem ist: Auf der Hermikon- und auf der Buenstrasse haben wir Tempo 80. Wir haben es nicht fertig gebracht, bei der Kantonspolizei diese Geschwindigkeitslimite zu reduzieren. Deshalb verlangt die Kantonspolizei Eingangstore. Deshalb hat der Stadtrat gesagt, dass es keine kostengünstige Lösung gebe. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mit den Einwohnern von Hermikon zwei Veranstaltungen durchgeführt haben. Bei einem ersten Treffen wurde an einer Konsultativabstimmung die Einführung von Tempo 30 befürwortet. Wir haben uns dann mit der Kantonspolizei getroffen. Diese hat uns gesagt, dass wir den vorgeschlagenen Massnahmen V85 nicht erreichen werden. Zum Beispiel in Fällanden wurde bei Nachmessungen in Tempo-30-Zonen dieser Wert auch nicht erreicht. Das heisst also, dass Geld in die Hand genommen werden muss. Ich wollte ehrlich sein mit ihnen und ihnen nicht sagen, dass eine kostengünstige Lösung möglich sei, um anschliessend klammheimlich zu sagen, dass es trotzdem 200'000 Franken koste, das ist nicht meine Art. An einer zweiten Versammlung wurde dann ein anderes Projekt erarbeitet mit Eingangstoren. Mit grosser Mehrheit wurde diesem Gestaltungskonzept zugestimmt. Der Bau von Trottoirs wurde an der Versammlung abgelehnt. Sie sehen, die Einwohner von Hermikon wurden



gefragt und in die Planung eingebunden. Wenn sie mir 350'000 Franken bewilligen, dann bin ich sehr froh. Für die Kanalisation in Hermikon haben wir dieses Jahr nichts im Budget eingestellt, diese Budget haben sie bewilligt.“

Gaby Gosswiler (FDP):

„Stadtrat Güttinger hat auf meine Anfrage nach dem Protokoll der Besprechung mit der Kantonspolizei eine ausführliche E-Mail geschickt und ist dabei in keiner Art und Weise auf dieses Protokoll eingegangen. Der Unterschied besteht darin, dass es heisst: Eingangstore sind bei allen Zoneneingängen erforderlich. Wir schlagen etwas anderes vor als Stadtrat Güttinger. Für provisorische Massnahmen braucht es keine neue Kanalisation. Mit provisorischen Massnahmen sollen nur die Grundlagen erprobt werden.“

Daniel Brühwiler (GEU):

„In Gockhausen wurden ca. 500'000 Franken für die Tempo-30-Zone gebraucht, in Hermikon wären es etwa 350'000 Franken. Vom gleichen Tiefbauamt wurde für ganz Dübendorf ein Tempo-30-Konzept vorgelegt, das rund 1,5 Millionen Franken gekostet hätte. Da sehe ich eine Diskrepanz. In unserem Votum haben wir deutlich aufgezeigt, wie wir uns das vorstellen. Wir schlagen vor, einige Massnahmen umsetzt und anschliessend an ein oder zwei Orten nachbessert und für ein definitives Projekt weiss, was man benötigt. Wir müssen uns bei den Kosten von unten herantasten. Wenn man schon zu Beginn zu viel macht, dann weiss man nicht, was Tempo-30-Zonen wirklich kosten.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Stadtrat beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

Abstimmung:

Für Abschreibung des Postulates

7 Stimmen

Gegen Abschreibung des Postulates

22 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 239/2009 somit aufrecht erhalten.

5. Postulat Postulat Thomas Maier (GEU) und 1 Mitunterzeichnerin „Erhöhte Ausnutzungsziffer für Minergie-Bauten“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 90/2007

Stellungnahme Thomas Maier (GEU) zur Antwort des Stadtrates:

„Oft wird der Politik und damit uns Politikerinnen und Politikern vorgeworfen, unsere Mühlen würden langsam, zu langsam, mahlen. Manchmal ist es aber halt auch so, dass Gut Ding Weile haben will. Vor ungefähr zweieinhalb Jahren habe ich dieses Postulat mit Mitunterzeichnenden eingereicht. Heute nun möchte ich vor allem Danke sagen. Denn dank diversen Akteuren haben wir mit diesem Postulat doch einiges erreicht im Hinblick auf unser Label Energiestadt Dübendorf – vielleicht schon bald Energiestadt Gold. Was stand am Anfang? Speziell bei den Gebäuden besteht im Bereich des Wärmebedarfs dank diverser technischer Fortschritte in den letzten Jahren enormes Effizienzsteigerungspotential. Dies ist an sich nichts Neues, einfach weiterhin ein klares Faktum. Dazu gibt es ebenfalls seit vielen Jahren die Labels Minergie und Minergie-P. Sie sind ein dynamischer Standard, der auf freiwilliger Basis und immer den modernsten technischen Möglichkeiten angepasst, Anreize für möglichst energiesparendes Bauen und Sanieren setzen will. Die Politik, der eben oft vorgeworfen



wird etwas starr und langsam zu sein, hat im Umgang mit dieser Dynamik oft noch etwas Mühe. Gerade in dieser Dynamik, die beispielsweise auch ständig einen Unterschied zwischen normalen Wärmedämmvorschriften und Minergie schafft, die zentrale Stärke dieses Ansatzes. Im Bereich von Minergie-Bauten bestand und besteht wegen des grossen Potentials Handlungsbedarf seitens der Gemeinde und des Staates. Wir wollen aber sinnvolle Minergie-Bauten nicht mit neuen Vorschriften, Geboten oder Verboten erreichen. So wurde die Idee geboren, konkrete Anreize über zusätzliche Ausnutzungsboni beim Bau nach Minergie resp. Minergie-P zu schaffen. Die Idee stiess nicht nur hier in Dübendorf auf positives Echo. Natürlich gab und gibt es diverse meiner Meinung nach kleinere Umsetzungsprobleme und offene Fragen. Sei dies z.B. eine fehlende kantonale Gesetzesgrundlage oder Diskussionen rund ums Thema der Besitzstandswahrung, wenn sich der Minergie Standard über die Jahrzehnte weiter verschärft. Die gesetzliche Grundlage befindet sich übrigens beim Kanton in Revision für alle Bauzonen, und für Arealbauten gibt es die Möglichkeit nun ebenfalls. Die positiven Argumente überwogen allerdings und das Postulat wurde mit grosser Mehrheit überwiesen und Aufrecht erhalten. Das Postulat wurde vom Stadtrat sehr offen aufgenommen mit dem grossen Willen in diese Richtung etwas zu erreichen. Im Bewusstsein, dass es in Details wohl noch einige technische Schwierigkeiten zu überwinden gibt und das Ganze nicht so einfach wird. Dafür möchte ich dem Stadtrat ganz herzlich danken. In der Vorlage zur Teilrevision der kommunalen Richtplanung – sie befindet sich momentan in Behandlung bei der KRL – schlägt der Stadtrat vor, bei Arealüberbauungen ab 3000m² für Minergiebauten 10 Prozent und für Minergie-P-Bauten 20 Prozent zusätzliche Ausnutzungsziffer zuzulassen. Aus meiner Sicht ist dies genau das was wir mit unserem Postulat erreichen wollten. Ganz streng genommen, wollte ich natürlich noch etwas mehr. Ich wollte, dass solche Ausnutzungsziffer-Boni für alle Bauten und Sanierungen in Dübendorf möglich werden. Wie wir aber gehört haben, hinkt hier die kantonale Gesetzgebung noch etwas unserer dynamischen Stadt hinterher. Ich bin aber sicher, dass der Stadtrat, sobald diese Gesetzesanpassung kommt, sofort die Umsetzung auch für Nicht-Arealüberbauungen an die Hand nimmt. Wir zeigen also: wir können auch dynamisch sein, etwas verändern und erreichen. Und damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der CO²-Ziele leisten, unserem Label Energiestadt die Ehre erweisen und dies ohne Verbote und Vorschriften. In diesem Sinn sind wir bereit das Postulat abzuschreiben.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung:

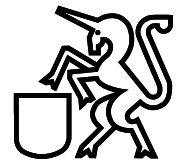
Für Abschreibung des Postulates	37 Stimmen
Gegen Abschreibung des Postulates	0 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 90/2007 somit abschliessend behandelt.

**6. Postulat Thomas Stalder (EVP) und 1 Mitunterzeichner „Weniger Verkehrsanordnungen – mehr Sicherheit und Verantwortung durch ‚Shared Space‘“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 279/2010**

Begründung Thomas Stalder (EVP):

„Wie viele andere Städte hat sich auch Dübendorf seit den 60er Jahren zu einer autogerechten Stadt entwickelt. Das Auto hat fast überall Vortritt, was an verschiedenen Orten in Dübendorf zu Konflikten



mit dem Langsamverkehr führt. Die Diagnose zeigt klar auf, dass Dübendorf ein Verkehrsproblem hat. Nach dem Scheitern des provisorischen Verkehrskonzeptes, das für die Bauphase der Glattalbahn entwickelt wurde, braucht die Verkehrsplanung in Dübendorf neue Ideen und neuen Schwung. Hier kommt das Konzept ‚Shared Space‘ ins Spiel. Sie fragen sich, um was es sich bei ‚Shared Space‘ handelt? Ich will ihnen dies anhand eines Vergleiches aufzeigen: Auf der Kunsteisbahn bewegen sich die Eisläufer auf einer abgegrenzten, einheitlichen Fläche mehr oder weniger ohne Reglementierung. Erfahrende, schnelle Läufer müssen sich mit unerfahrenen, langsamen Läufern arrangieren und ihre Fahrweise der Situation anpassen. Kollisionen sind selten, weil jeder auf sein eigenes Wohl bedacht ist und Situationen mittels Blickkontakt rechtzeitig einschätzen kann. Das gleiche Prinzip kommt bei ‚Shared Space‘ zur Anwendung. Geschwindigkeitsbegrenzungen werden durch gegenseitige Rücksichtnahme ersetzt. Durch die Aufhebung räumlicher Begrenzungen – Randsteine werden aufgehoben – entsteht ein Gefühl der Unsicherheit. Diese ‚gewollte‘ Unsicherheit führt dazu, dass vorsichtiger gefahren wird. Die Geschwindigkeit wird angepasst und die Aufmerksamkeit erhöht. Vom autozentrierten Strassenraum gelangt man so zu einem von allen genutzten Stadtraum. Das Ziel von ‚Shared Space‘ ist es nicht, den motorisierten Verkehr zu verdrängen, sondern die Lebensqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern, Die Menschen und nicht das Verkehrssystem sollen im Vordergrund stehen. ‚Shared Space‘ ist nicht die Lösung aller Verkehrsprobleme in Dübendorf. Es ist jedoch ein Werkzeug, das schon an über hundert Orten in Europa erfolgreich erprobt wurde. Aus den aufgezeigten Gründen soll das Konzept ‚Shared Space‘ in die Gesamtverkehrsplanung von Dübendorf aufgenommen werden. Zukünftig soll bei Sanierungen von neuralgischen Strassenabschnitten und Kreuzungen geprüft werden, ob sich mit der Umsetzung dieses Konzeptes die Verkehrssituation verbessern lässt. Wenn wir nun fordern, dass die Gebiete Bahnhof Süd und Hermikon sofort zu prüfen seien, so soll dies natürlich im Rahmen der Gesamtverkehrsplanung geschehen. Nur müssen wir betonen, dass die heutige Situation bald geändert werden muss. Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich fordere sie auf, die Qualität des Zentrums von Dübendorf aufzuwerten. Mit dem Konzept von ‚Shared Space‘ geben sie dem Stadtrat das Mittel dazu.“

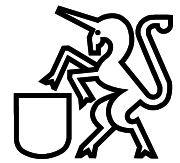
Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

„Im Namen des Stadtrates gebe ich folgende Stellungnahme ab: Der Stadtrat hat das Postulat ausführlich diskutiert, und wir sind der Meinung, dass es eine gute Idee sei, mögliche Verkehrskonzepte miteinander zu überprüfen. Wir sind klar der Meinung, dass wir im Rahmen des bereits aufgegleisten Gesamtverkehrskonzeptes alle dazugehörigen Massnahmen aufnehmen und diskutieren werden, und wir werden Massnahmen vorschlagen. Wir sind aber gleichzeitig der Meinung, dass das Postulat in seiner Art keinen Sinn macht. Es gibt von den Fristen her Einschränkungen durch die punktuellen Aufgaben mit der Konzentration auf zwei Orte. Das Gesamtverkehrskonzept kann nicht in sechs Monaten abgeschlossen werden, wie es durch das Postulat verlangt wird. Für dieses Konzept werden alle Querschnittsmandate miteinbezogen. Mit der Überweisung des Postulats entsteht ein Zeitdruck, der nicht sinnvoll ist. Wenn zwei Projekte herausgegriffen werden, dann entspricht dies nicht einer gesamten Betrachtung des Gesamtkonzeptes. Wir sind der Meinung, dass alles geprüft werden soll. Im Prinzip ist die Idee, welche mit dem Postulat eingebracht worden ist, durchaus denkbar. Man soll das im Gesamtkonzept überprüfen, aber sich dabei nicht einschränken lassen durch das Postulat. Der Stadtrat beantragt deshalb, das Postulat abzulehnen mit dem Wissen, dass der Stadtrat im Gesamtkonzept sämtliche möglichen Projekte bzw. Arten der Verkehrsplanung miteinbezieht.“

Diskussion:

Steven Sommer (SVP):

„Dass die Verkehrssituation um den Bahnhof Süd unbefriedigend ist, da sind wir alle glaube ich einer Meinung. Jedoch sind wir der Meinung, dass dieses Postulat nicht die ideale Lösung bringt. Durch das Entfernen der Verkehrsanordnungen verleitet es viele Verkehrsteilnehmer sich noch weniger



rücksichtsvoll zu verhalten. Sie können sich alle diese Situationen zur Genüge vorstellen. Wer schon mal am Bahnhof war weiss mit welcher Geschwindigkeit gewisse Autofahrer unterwegs sind. Aber auch die Fussgänger und Velofahrer sind keine Heiligen. Auch die Fussgänger laufen einfach auf die Strasse. Die SVP ist auch der Meinung, dass im Bereich Bahnhof Süd etwas passieren muss. Wären die Vorgaben für die Umgebung um den Bahnhof offen formuliert worden, hätte sich die SVP wohl für die Überweisung entschieden. Aber das Postulat sieht leider nur eine Lösung vor, welche wir als ungeeignet erachten. Über den Einbezug von Hermikon will ich auch nicht diskutieren. Erst kürzlich und heute wurde über dieses Thema diskutiert und sind zu anderen Ergebnissen gekommen. Im Weiteren; hätte der Stadtrat eine aktive Liegenschaftenstrategie um den Bahnhof Süd gehabt und auch betrieben, hätten wir wohl die heutigen Verkehrsprobleme auf der Seite Bahnhofstrasse nicht. Wir empfehlen das Postulat nicht zur Überweisung.“

Max Senn (SP):

„Bei diesem Postulat geht es um eine andere Sichtweise bezüglich der Benützung des öffentlichen Raumes. Für das bisherige Verkehrssystem gilt: Der Autofahrer dominiert, und die schwächeren Verkehrsteilnehmer werden verdrängt. Unter dem Begriff ‚Shared Space‘ ist ein gemeinsam genutzter Raum gemeint, und ‚Shared Space‘ sieht den öffentlichen Raum in erster Stelle als Raum für Menschen. Es richtet sich nicht auf die Verdrängung des motorisierten Verkehrs. Es wird der Mensch statt das Verkehrssystem in den Vordergrund gestellt. Das Konzept findet in ganz Europa immer mehr Beachtung und ist in der Schweiz z.B. in Köniz realisiert. Die Merkmale sind, dass Verkehrsschilder, Fussgängerstreifen, Ampeln und Barrieren entfallen, es gibt nur noch eine Fläche. Verkehrszeichen, Signale und Fahrbahnmarkierungen fehlen, und somit gibt es keine Überschilderung mehr. Die Randsteine entfallen, damit ist es freundlich für Rollstühle. Die Verkehrsflächen dürfen an jeder Stelle überquert werden. Die Orte, an denen das Konzept eingeführt wird, sollen wieder attraktiver werden. Das erfordert gegenseitig Rücksichtnahme. Für blinde und sehbehinderte Menschen ist allerdings ein negativer Punkt zu erwähnen. Da die Randsteine fehlen, fehlt die Orientierung zur Fahrbahn. Daher müssen spezielle für den Blindenstock ertastbare Markierungen am Boden vorgesehen werden. Die SP/Juso-Fraktion findet das Konzept prüfenswert und ist für die Überweisung des Postulates.“

Daniel Brühwiler (GEU):

„Die GEU-Fraktion unterstützt das Postulat ebenfalls. Zum Begriff ‚Open Space‘: ‚Open Space‘ hat mit Raum zu tun, und von daher sind die Beispiele Hermikon und Bahnhof Süd als Beispiele für diese Konzept wenig geeignet. Wir sind aber der Meinung, dass die Verkehrssituation in Dübendorf so prekär ist, dass jede Möglichkeit geprüft werden muss. Zu den vom Stadtpräsidenten erwähnten Fristen: Diese Fristen können auch verlängert werden.“

Andrea Kennel (SP):

„Eine Überlegung zur Aussage des Stadtpräsidenten bezüglich Konzept: Vor zehn Jahren hatte unser Sohn in der Schule Probleme. Als wir nach einiger Zeit bei der Schulpflege nachgefragt haben, ob etwas gemacht werde, erhielten wir die Antwort: ‚Da müssen wir zuerst ein Konzept erarbeiten.‘ Zum Glück gab es in der Schulpflege einen Wechsel, und der neue Schulpfleger hat gesagt: ‚Wir müssen sofort handeln, wir können nicht warten bis ein Konzept da ist.‘ Ich bin dem Schulpfleger heute noch sehr dankbar, dass er den Mut gehabt hat, das Problem zu lösen. Konzepte sind wichtig. Es ist absolut falsch, wenn Massnahmen, welche heute wichtig sind, auf die lange Bank geschoben werden, weil man auf ein Konzept wartet. Weil wir wissen, dass Konzepte manchmal länger dauern, und wenn wir daran denken, dass ein Abfallkonzept einfacher ist als ein Gesamtverkehrskonzept, dann gehe ich nicht davon aus, dass wir schon im Jahr 2010 oder 2011 etwas haben werden. Bahnhof Süd und Hermikon drängen aber. Also bitte ich, das Postulat zu überweisen und im Falle einer Überweisung bitte ich den Stadtrat, nicht zu warten, bis ein Konzept vorhanden ist, sondern dort zu handeln, wo es notwendig ist.“



Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	21 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	15 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 279/2010 somit dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

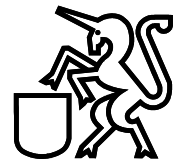
7. Privater Gestaltungsplan Waldmannsburg / Genehmigung Geschäft Nr. 272/2009

Referent KRL Thomas Maier (GEU):

„Im Wesentlichen geht bei der Vorlage zum Gestaltungsplan Waldmannsburg um drei zentrale Punkte. 1. die entstandene Situation im Gartenbereich baurechtlich korrekt zu regeln, 2. die Parkplatzsituation zu bereinigen und 3. vor allem im Terrassenbereich eine sanfte Erweiterung zu ermöglichen. Ich gehe davon aus, dass sie alle die Waldmannsburg und die traumhafte Aussicht die man von dort geniessen kann, zur Genüge kennen. Das Restaurant Waldmannsburg besteht in seiner heutigen Form bereits seit 1932. Von Beginn weg gehörte dazu eine sehr grosszügige Gartenanlage, die neben der bereits erwähnten Aussicht, viele Leute anzog und anzieht. Trotz diverser Besitzerwechsel blieb das Gebäude und die Anlage lange weitgehend unverändert. Seit 1992 gehört das Grundstück der Stadt Dübendorf und die Pächter haben einen Baurechtsvertrag über 30 Jahre. Der Stadt gehören das Grundstück, Hofraum, der Garten, die Wiese, Baumgarten, die Böschung wie auch der Wald. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten sind detailliert geregelt. 2007 wurde das Restaurant mit einem Saal inklusive Terrasse erweitert und umgestaltet. Weil die Gartenanlage in der Landwirtschaftszone – und damit ausserhalb der Kernzone Dübelsestein – liegt, musste das Baugesuch von vor ziemlich genau drei Jahren der Baudirektion des Kantons Zürich unterbreitet werden. Diese verweigerte im Anschluss die Bewilligung, da rechtliche Hindernisse im Weg standen. Im Anschluss daran entschloss sich die Bauherrschaft zusammen mit der Stadt Dübendorf die Situation baurechtlich korrekt mit einem Gestaltungsplan zu regeln. Der Perimeter sollte das Restaurant mitsamt Terrasse, Schlossgarten und Umgebung der Parzelle 15248 umfassen. Mit dem nun vorliegenden Gestaltungsplan können die bestehenden Bauten und Anlagen korrekt geregelt und gesichert werden. Ausserdem wurde die Anpassung genutzt, die Verkehrserschliessung und Parkierung auf einen optimalen Betrieb auszurichten sowie eine moderate Weiterentwicklung zuzulassen. Betreffend Parkplätzen: Gemäss Plänen erhöht sich die Anzahl der Parkplätze nicht. Sie werden ausschliesslich cleverer und klarer angeordnet. Allerdings muss ich – nach einer eigenen Besichtigung – zugeben, dass es schon heute nicht einfach ist, zu zählen wie viele offizielle Parkplätze es bei der Waldmannsburg gibt. Dies lag daran, dass die Parkplätze heute schlicht nicht eingezeichnet und klar markiert sind. Eine grobe Abschätzung ergibt aber, dass die Zahlen im Plan ziemlich gut die Realität abbilden. Damit ist auch eine moderate Weiterentwicklung rechtlich abgesichert – mit einer eindeutigen Rechtslage für die Bauten und die Umgebungsgestaltung. Zudem lässt er Spielraum für eine moderate Weiterentwicklung in klaren Leitplanken. Im gleichen Zusammenhang wurde übrigens auch der Baurechtsvertrag angepasst. Die KRL beantragt dem Gemeinderat einstimmig die Vorlage zu genehmigen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

„Ich danke der KRL für die Behandlung der Vorlage. Damit haben wir für alle Partner die richtige Lösung gefunden, von der alle profitieren können.“



Allgemeine Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP):

„Seit 1992 sind die Eigentümer Peter Aegerter und Ruedi Frei mit Leib und Seele Gastgeber im Restaurant Waldmannsburg. Sie bieten der Dübendorfer Bevölkerung und allen Gästen von Nah und Fern ein Ort des Wohlfühlens im wunderschönen Ambiente, dies auf eigene Kosten, denn die Umbauten und Renovierungen wurden stets selbst finanziert. Das Restaurant Waldmannsburg ist ein schönes Lokal mit traumhafter Gartenanlage. Es trägt maßgeblich zur Attraktivität unserer Stadt bei und ist weit über die Stadtgrenze bekannt, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Stadt Dübendorf. Dies haben wir allein den ambitionierten Unternehmern Aegerter und Frei zu verdanken. Ein derart grosses Engagement verdient grössten Respekt und Anerkennung. Ich bedaure es sehr – und ebenso die SVP-Fraktion – dass die Entscheidung des Gestaltungsplanes so lange gedauert hat. Man hat damit Unternehmer abgestraft, welche etwas Gutes machen wollten. Für die SVP-Fraktion ist es eine Selbstverständlichkeit den vorliegenden privaten Gestaltungsplan zu unterstützen. Die bestehenden Bauten und Anlagen und die erstellte Gartenanlage sollen planungsrechtlich gesichert werden bzw. eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Auch soll eine langfristige Weiterentwicklung möglich sein. Wir wünschen dem Team Waldmannsburg weiterhin viel Erfolg und bitten sie freundlichst dem Gestaltungsplan zuzustimmen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Genehmigung des Privaten Gestaltungsplanes Waldmannsburg	35 Stimmen
Ablehnung des Privaten Gestaltungsplanes Waldmannsburg	0 Stimmen

8. Sechs Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Die folgenden sechs Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Bei einstimmiger Unterstützung durch die BRK wird auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 241/2009

Shumolli Musa sowie die Kinder Nora und Shkurte, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 55, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 1 Nein)

Referentin BRK Valeria Rampone (GEU):

„Der Antrag der BRK erfolgte mit 4 zu 1 Stimmen. Der Ablehnungsgrund für die Kommissionsminderheit waren mangelnde Deutschkenntnisse. Die gesuchstellende Person sei schon genug lange in der Schweiz und hätte die Möglichkeit gehabt, die deutsche Sprache zu erlernen. Die BRK-Mehrheit betrachtet die Deutschkenntnisse als genügend und beantragen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.“



Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Antrag SR / BRK:	19 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	8 Stimmen

Geschäft Nr. 248/2009

Ajeti Jusuf sowie das Kind Ilber, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Hallenstrasse 4, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

Geschäft Nr. 249/2009

Bahar Recep sowie die Kinder Nese und Kübra, türkische Staatsangehörige, wohnhaft Alte Gfennstrasse 22, Dübendorf

Der Gemeinderatspräsident weist darauf hin, dass die Gesuchsteller nicht mehr wie in der Weisung angegeben an der Alten Gfennstrasse 22, Dübendorf, sondern am Zeisigweg 2, Dübendorf wohnen.

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

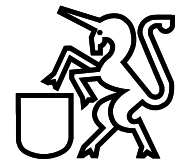
Geschäft Nr. 250/2009

Dimov Borco und Elizabeta geb. Krsteva sowie die Kinder Milena und Filip, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Kreuzbühlstrasse 23, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	4 Stimmen

Geschäft Nr. 251/2009

Gashi Fatime geb. Velijaj sowie die Kinder Jeta und Yilka, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft In Huebwiesen 10, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	8 Stimmen

Geschäft Nr. 252/2009

Jasiqi Avni und das Kind Aulon, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Höglerstrasse 18, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

Einwände

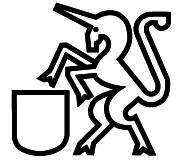
Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär

Marcel Amhof



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler